

Protokoll Sprecher*innenratssitzung

Thema der Besprechung Sprecher*innenratssitzung 2022	
Datum/ Zeit 24.02.2022	Ort/ Raum Zoom Konferenz
Beginn/ Uhrzeit 15 Uhr	Ende/ Uhrzeit 17:20 Uhr
Anwesende Barbara Eschen Karsten Krull Dagmar von Lucke Prof. Dr. Susanne Gerull Christian Neumann (ab 15.30), Svenja Ketelsen Frank Steger (bis 16.20)	Abwesende Lilly Parr
Leitung der Besprechung Karsten Krull	Protokollführung Barbara Eschen

Tagesordnung

1. Festlegung der Tagesordnung
2. Protokoll der Sitzung am 27.1.2022 (Anlage)
3. Auswertung der Klausurtagung am 15.2.2022 (Protokoll folgt)
 - A) Aufgabenbeschreibung - Ergebnisse (s.Anlage)
 - B) Geschäftsordnung - Änderung nötig? (s. Anlage)
 - C) weitere offene Punkte - u.a. Planung Thema Einbindung Betroffener, neue FGs
4. Soziale Sicherheit als Jahresthema (s. Anlage)
5. Berichte FG und Sprecher*in
6. Bericht NAK (Karsten)
7. Gremienkoordination:
 - NAK
 - Landeskommision gegen Kinderarmut
8. Fraktionsgespräche
9. Positionspapier "Übergangsleistungen" (Anlage)
10. Verschiedenes:

- Gesprächsnachfrage des LIGA Fachausschuss Existenzsicherung und Armutsbekämpfung
- „Reaktion auf mitgezeichneten Brief wegen Bündnis für Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen“

1. Festlegung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. 2. Protokoll der Sitzung am 27.1.2022 (Anlage)

Das Protokoll wird vertagt.

3. 3. Auswertung der Klausurtagung am 15.2.2022 (Protokoll folgt)

4. Aufgabenbeschreibung - Ergebnisse

Die mitgesandte Aufgabenbeschreibung wird in einigen kleinen Punkten korrigiert und beschlossen (s. Anlage zu diesem PK unten)

5. B) Geschäftsordnung - Änderung nötig?

Karsten erläutert noch einmal, dass er in vielen Punkten eine Präzisierung der Geschäftsordnung (GO) für nötig erachtet. Susanne stellt fest, dass die Beschreibung der Arbeitsweise der lak in keinem Punkt gegen die GO verstößt und somit keine grundsätzliche Überarbeitung erforderlich sei. Sie schlägt vor, dass Sprecher*in Änderungsvorschläge machen, so wenige wie möglich. Der Vorschlag wird nach kurzer Diskussion angenommen.

C) weitere offene Punkte - u.a. Planung Thema Einbindung Betroffener, neue FGs

Der Punkt wird in der nächsten Sitzung anhand eines Protokolls vom 15.2.2022 besprochen.

4. Soziale Sicherheit als Jahresthema (s. Anlage)

Zunächst werden die von Susanne vorgestellten Definitionen Sozialer Sicherheit diskutiert. Frank ist der Auffassung, dass insbesondere der Ansatz der ILO hinter den Standards des deutschen Sozialstaats zurückbleibt. Mehrere favorisieren dann den Begriff der Humanen Sicherheit, da dieser die Lebenslagen umfassender in den Blick nimmt. Insgesamt konnten die Begriffe aber nicht überzeugen, da sie die Anforderungen, die an zukunftsweisende Sicherungssysteme zu stellen sind, nicht eingängig - d.h. kampagnenfähig - zum Ausdruck bringen. Einigkeit bestand, dass die lak Armutsbekämpfung als breite gesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur ins Auge springende Zielgruppen betrifft, versteht und dies auch zum Ausdruck bringen will und somit Bürgergeld und Kindergrundsicherung wichtige Themen bilden.

Daran schloss sich eine Diskussion an, ob eine gemeinsame Kampagne leistbar (u.a. finanziell) und gewollt ist oder ob es um einen gemeinsamen "Dachbegriff" für die Arbeit der lak und ihrer Fachgruppen geht. Die Diskussion wird in der nächsten SPR fortgesetzt und abgeschlossen.

5. Berichte FG und Sprecher*in

Fachgruppe: Wohnungslose Menschen (Dagmar)

Auswertung des Gespräches mit Frau Freialdenhofen (SenIAS/ Abt. Soz. III F 1.2) am 25.01.2022 zur Detailauswertung unsere Befragung der Bezirksämter zum Umgang mit drohenden Räumungen:

Frau Freialdenhofen erklärte, dass der allg. Trend der Rückgänge von Räumungsverfahren bekannt ist, die Gründe dafür aber nicht. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass auch viele Räumungsbedrohte die Bezirke tatsächlich erreichen. Frau Freialdenhofen erklärte uns die derzeitigen Vorhaben der Senatsverwaltung zur besseren Datengewinnung und -auswertung, Schaffung von Zielvereinbarungen und vereinheitlichten Prozessen bei allen Berliner Fachstellen/Wohnhilfen. Beispielsweise werden derzeit große Anstrengungen zur Einführung einer einheitlichen Datenerhebung in allen Berliner Sozialämtern unternommen, die verbindlich als Arbeitsanweisung gelten soll. Die Zielvereinbarung mit den Sozialen Wohnhilfen mit dem Fokus auf die Präventionsarbeit befindet sich gerade auf dem Zeichnungsweg. Das heißt ab 01.04.2022 soll durch die Bezirke eine Datenerhebung zur Prävention (Reaktionszeit der BA bei Mitteilung von Räumungsklagen max. 3 Tage, min. 2 aufsuchende Beratungen, Kontaktaufnahme ja/nein, Ergebnis sowie Zugang zur Fachstelle/sozialen Wohnhilfe) stattfinden. Das Datenblatt wird derzeit zw. Senat und Bezirken abgestimmt. Auf der Grundlage der Datenerhebung soll eine weiterführende Zielvereinbarung erarbeitet werden, die genaue Zielwerte und Mindeststandards unter Berücksichtigung der erforderlichen unterschiedlichen Ressourcen definiert. Weiterhin wird ein einheitliches Vorgehen aller Bezirke bei Mietschulden festgelegt, ein einheitlicher Zugang zu den Fachstellen/Sozialen Wohnhilfen, einheitlicher Web-Auftritt, die Vereinheitlichung verschiedener Vordrucke erarbeitet. Weiterhin werden Musterkooperationsvereinbarungen (Jobcenter, Jugendamt, Gesundheitsamt) entwickelt. Bei der Nachfrage inwieweit spezielle Präventionsteams für aufsuchende Arbeit bei Räumungsbedrohten geplant seien, erklärte Frau Freialdenhofen, dass keine eigenen Präventionsteams grundsätzlich in den Sozialen Wohnhilfen vorgesehen sind. Ob sie gebildet werden hänge vielmehr von der Struktur des jeweiligen Sozialamtes ab (die Kosten-Leistungs-Rechnung bleibt ja, d.h. mehr Fallzahlen > mehr Mitarbeitende im Sozialdienst, mehr Geld für Prävention = Bildung von Präventionsteams). Präventionsarbeit wird (in Bezug auf eine schnelle Kontaktherstellung) z.T. in den Bezirken von Verwaltungsmitarbeiter*innen geleistet, perspektivisch soll hier aber Sozialarbeit sichergestellt werden. Auf unsere Nachfrage zu den sehr unterschiedlichen bezirklichen Vorgehen bezüglich von Kindern in räumungsbedrohten Haushalten, verweist sie auf eine Musterkooperationsvereinbarung für die Soziale Wohnhilfe und das Jugendamt, die den Rahmen für eine perspektivische Verbesserung geben soll.

Weitere Zusammenarbeit unserer Fachgruppe ist auch von Landesseite unbedingt erwünscht.

Auf das Gespräch mit Frau Freialdenhofen aufbauend werden nun die Gespräche mit den Bezirksämtern geführt, die im Sept 2022 Bereitschaft zur Auswertung signalisierten:

Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln Marzahn-Hellersdorf Spandau

Thema der Fachgruppe für die Fraktionsgespräche des Sprecher*innenrats:

Im Koalitionsvertrag steht: „Der Senat prüft, inwieweit Zwangsräumungen von besonders vulnerablen Personengruppen erst vollzogen werden können, wenn für diese Ersatzwohnraum bereitgestellt wird.“

In diesem Zusammenhang wertet die Fachgruppe die schriftliche Anfrage von Herrn Schenker vom 10. Januar 22 zu den Räumungen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen aus.

<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-10530.pdf>

Wir stellen fest, dass die Antwort zu 6: „Bevor es zu einer Räumungsklage wegen Mietrückständen kommt, stets Ersatzwohnraum angeboten wird.“ sehr beschönigend ist, vereinbaren hier nachzuforschen und Herrn Schenker zu bitten erneut genauer nachzufragen.

In diesem Zusammenhang verabreden wir auch nochmal die Leitlinien anzuschauen.

Vervielfältigung der Mietschuldner-Broschüre / Korrektur an der Auswertung der Befragung der Berliner Bezirke

Die Hansestadt Hamburg hat eine Anpassung und Vervielfältigung der Broschüre angefragt. Dies wird nun von der Geschäftsstelle der lak umgesetzt.

Fachgruppe: Armutsbegrif

- Die Fachgruppe hat in inhaltlicher und organisatorischer Abstimmung mit Barbara Eschen zwei gleichlautende Briefe an die neue Sozialsenatorin, Katja Kipping sowie die neue Gesundheitssenatorin, Ulrike Gote formuliert, in denen die Ergebnisse der sogenannten Praxis-Check-Nachbefragung dargestellt werden und um eine Gespräch über die dort dargestellten Probleme und Forderungen unserer Mitglieder sowie der Fachgruppe gebeten wird. Auf die Formulierung als "offener Brief" wurde aus strategischen Gründen verzichtet.
- Neben den hoffentlich stattfindenden Gesprächen mit den beiden Senatorinnen plant die Fachgruppe, sich mit dem Konzept eines Wohlstandsberichts der Grünen/Bündnis 90 erneut zu beschäftigen, deren Wohstands/-Armutskindikatoren teilweise bereits in den Wirtschaftsbericht des aktuellen Ministers Habeck eingeflossen sind. Zudem soll das Konzept "Buen Vivir" (Gutes Leben) diskutiert werden, dass seine Wurzeln in der Geschichte der indigenen Gruppen Südamerikas hat.
- Die Fachgruppen Familien- und Kinderarmut und Migration haben zwischenzeitlich nicht getagt und wie die Sprecher*in nicht berichtet.

6. Bericht NAK (Karsten)

Karsten berichtet, dass es bei der NAK zwei konkurrierende Modelle für eine zukünftige Struktur gibt: eine Delegiertenversammlung je zur Hälfte mit Vertreter*innen der Institutionen und mit Betroffenen (Definition?) besetzt oder ein "2 Kammer-Modell" mit zwei separat agierenden Netzwerken. Die gesamte Struktur ist derzeit aber unklar.

7. Gremienkoordination:

- NAK: Karsten erklärt sich bereit, die lak-Berlin in der NAK zu vertreten und wird dazu beauftragt.
- Landeskommision gegen Kinderarmut: Christian erklärt sich bereit, für die lak-Berlin in der Kommission mitzuarbeiten und wird entsprechend beauftragt.

8. Fraktionsgespräche

Karsten und Barbara haben den Brief in Vorbereitung. Es wird vereinbart, dass er an die Fraktionsvorsitzenden gerichtet wird.

9. Positionspapier "Übergangsleistungen" (Anlage)

Inhaltlich wird die Vorlage begrüßt, allerdings sind einige Formulierungen selbst für diejenigen, die dem Thema offen gegenüberstehen, nicht gut nachvollziehbar.

(Korrekturvorschläge: ..., dass der Ausschluss von SGB Leistungen von EU

Bürger*innen *ohne Arbeitnehmerstatus* Grundgesetz- und Europarechtswidrig...Mit *der Schaffung von Überbrückungsleistungen* soll die....).

Deshalb soll ein Umlaufbeschluss zu einer weiteren Formulierung erfolgen.

10. Verschiedenes:

- Gesprächsnachfrage des LIGA Fachausschuss Existenzsicherung und Armutsbekämpfung: aufgrund der Terminfülle wird ein Gespräch mit Karsten und/oder Barbara angeboten.
- „Reaktion auf mitgezeichneten Brief wegen Bündnis für Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen“: es konnte keine Vertretung in dem Bündnis platziert werden.
- Barbara teilt mit, dass sie in Absprache mit Susanne einen kurzen Bericht über den Praxis-Check für den Jahresbericht des DW Stadtmitte erstellen wird.

Anlage:

Ergebnisse der Klausurtagung der LAK am 15.2.2022
Beratungsvorlage A Arbeitsweise LAK 2022/23

Ziel LAK: Teilhabe und Armutsbekämpfung in Berlin im Sinne der Mitglieder (Netzwerk von Nicht-Regierungsorganisationen) durch qualifizierte öffentliche Auseinandersetzung mit Zivilgesellschaft, Verwaltungen, politischen Mandatsträger*innen fördern und Zusammenführung aller Akteure*innen, die sich dem verpflichtet fühlen.

In diesem Sinne Vernetzung sozial verantwortlicher Kräfte in Berlin: (GO)

- Benennung von Armutsindikatoren + Erscheinungsformen
- Förderung gemeinsamer Aktivitäten der M zur Vermeidung von Armut...
- Gemeinsame Stellungnahmen und Aktionen und fachl. Begleitung Sozialplanung Berlin
- Koop. NAK
- Dialog Armutsbetroffene, gesellschaftliche Gruppen, Politik, Verwaltung

Derzeit agieren zu diesem Ziel neben der Mitgliederversammlung (MV):
SPR, FG, 2Sp, PK mit folgenden Aufgaben:

SPR vertritt die LAK nach außen, wobei PK die externe Kommunikation anbahnt, koordiniert und steuert. 2Sp sind die "Gesichter" der LAK.

FGSp vertreten je nach Absprache im SPR die FG-Themen selbst.

SPR sorgt für die Erarbeitung starker Positionen und Maßnahmen der LAK auf Basis der FG - Positionen.

SPR:

- sammelt und bewertet relevante Informationen zu Armutsthemen in Berlin,
- nimmt Positionsbestimmungen der LAK vor
- spricht Öffentlichkeitsarbeit ab
- plant Aktionen z.B. Fraktionsgespräche
- unterstützt Fachgruppen und trägt abgestimmte Positionen der FG nach außen
- Koordiniert die Gremienbesetzungen (z.B. NAK, Landeskommission Kinderarmut...)

- wacht über die Finanzen (Freigabe von Mitteln über 300,- durch SPR erforderlich, bis 300,- entscheidet PK)

Klarstellung: SPR und 2SP berichten regelmäßig im SPR mit angemessenem Zeiteinsatz, inhaltliche Arbeit an Themen wird im SPR verstärkt.

FG

- Vernetzung im Fachbereich
- arbeiten an selbstbestimmten Themen und Inhalten
- in Zusammenarbeit mit Mitgliedern und externen Netzwerkpartner*innen
- suchen zu ihren Themen Kontakt mit Fachpolitiker*innen und Fachverwaltung u.a.
- bringen Positionen in den SPR ein (Beschlussnotwendigkeit)
- Vertreten in der lak abgestimmte Positionen in der Öffentlichkeit

Klarstellung:

Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Übernahme Sprecher*in-Funktion der FG
Finanzbedarf bis 300,- kann bei PK angemeldet und bewilligt werden.

2Sp

- bündeln LAK Themen (Agenda SPR, Moderation)
- halten Kontakt zur LIGA Berlin (Liga Mittel u.a.)
- sind Ansprechpartner*in für DWS
- stimmen Vorgehen mit PK ab
- bereiten MV vor und moderieren
- Vertreten LAK Positionen in Öffentlichkeit nach Absprache in SPR
- 2SP berichten im SPR über ihre Aktionen

Klarstellung:

2SP vertreten die Positionen des SPR, abweichende Meinung ist Privatsache und kenntlich zu machen.

Berichte (z.B. für die Liga) über die laufende Arbeit und verabschiedete Positionen bedürfen nicht der Abstimmung im SPR.

2SP sprechen sich in allen wesentlichen Angelegenheiten ab.

PK

- sorgt für gute interne Kommunikation (SPR, FGSp, M)
- fördert externe Kommunikation (initiiert und professionalisiert ÖA und Social Media, sorgt für Kontakte zu Sozialpolitik, Sozialverwaltung...)
- begleitet mit 2Sp den SPR
- unterstützt FGSp (z.B. redaktionelle Unterstützung)

- Unterstützt 2Sp bei ihrer Berichtspflicht gegenüber der Liga
- bereitet mit 2Sp die MV vor
- administriert den Haushalt gemäß der Beschlüsse des SPR (kann über Beträge bis 300,- selbst entscheiden)

Klarstellung:

Einzelheiten zum Arbeitsauftrag sind in der Kooperationsvereinbarung mit dem DWBS und der Stellenbeschreibung geregelt. Eigeninitiative insbesondere auch in der externen Kommunikation der LAK- Anliegen wird gewünscht und gefördert. Die bereits begonnene Arbeit in den Social Media wird als sehr guter Start gewürdigt.

Abgestimmt im SPR am 24.2.2022